

---

## FORUM: Gedanken zur Lage der Gewerkschaften in Deutschland

---



### Bodo Zeuner: Für eine differenzierende Debatte über moderne Gewerkschaften

*Prof. Dr. Bodo Zeuner, geb. 1942 in Königsberg/Ostpr., Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte, Journalist bei NDR und „Spiegel“, lehrt Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.*

---

Im „metall-extra“ Nr. 1 von Juli 2003, das von der Organisation rasch herumgeschickt und rasch wieder eingestampft wurde, sind Jürgen Peters und Berthold Huber sich über folgende Sätze einig: „Die unselige Debatte über vermeintliche Modernisierer und Traditionalisten trifft nicht das Wesen der Meinungsunterschiede in der IG Metall. Wir müssen sie beenden. Unterschiedliche Meinungen, Widerstreit und Diskussionen sind unabdingbare Voraussetzungen für eine lebendige Organisation.“ Diese drei Sätze spiegeln brennpunktartig das Dilemma, ja die Lähmung der IG Metall und der deutschen Gewerkschaften überhaupt, im Jahre 2003 wider.

*Der erste Satz* ist zunächst einmal in seiner Hauptaussage zutreffend: Mit der von den Medien immer wieder vorgeleierte Melodie von den guten „Modernisierern“ und den bösen „Traditionalisten“ wird

- *erstens* nicht einmal die persönlichen Differenz zwischen Peters und Huber beschrieben, z.B. hat sich Huber auch schon als knallharter und Peters als fantasievoller Tarifpolitiker profiliert;
- *zweitens* die Vielfalt der Differenzen innerhalb der IG Metall ignoriert - etwa, um nur einige zu nennen: West gegen Ost, Automobil gegen den Rest, SPD-Parteigänger gegen Verfechter einer Autonomie gegenüber den Parteien, Linke gegen Rechte, Betriebsräte gegen Hauptamtliche, Industriearbeiter gegen „neue Arbeit(skraftunter)nehmer“, Sozialpartnerschaftler gegen kämpferische Basisaktive, Gender-Bewusste gegen patriarchale Dummebeutel;
- *drittens* eine schlechte und politisch interessengesteuerte Reduktion dieser Vielfalt von Gegensätzen vorgenommen - dazu später mehr.

Da der *erste Satz* also sagt, dass es Meinungsunterschiede in der IG Metall gibt, sie aber mit der genannten Doppetikettierung falsch, gar „unselig“, beschrieben werden, durfte man erwarten, dass sie im folgenden Text treffender beschrieben werden.

Aber nichts davon. Es geht weiter mit: „Wir müssen sie beenden.“ Dieser *zweite Satz* schlägt so brutal zu, dass ich mich beim ersten Lesen verdattert gefragt habe, was da eigentlich nach dem Diktum der künftigen Chefs zu beenden sei: die Meinungsunterschiede? Sicherlich nicht die IG Metall - also doch wohl „die unselige Debatte“. Aber warum „muss“ diese beendet werden? Und ist es nicht eine bevormundende Anmaßung, das Ende einer Debatte in einer demokratischen Organisation von oben her zu dekretieren? Wie sollen sich die Debattierenden eigentlich vorkommen, wenn sie diesen Befehlston lesen?

Wer diesen zweiten Satz für bare Münze nimmt, und das darf man bei einer nicht zurückgenommenen öffentlichen Äußerung zunächst einmal tun, wird Jürgen Peters und Berthold Huber beide als „Traditionalisten“ sehen - als Vertreter einer immer schon schlechten, heute in besonderer Weise überholten Tradition der Arbeiterbewegung in Deutschland und östlich von Deutschland: einer Kommando-Solidarität und vielleicht auch eines Kommando-Sozialismus.

Aber vielleicht ist den beiden nur die Tonlage verrutscht. Vielleicht meinen sie mit dem „Wir“ in „Wir müssen sie beenden“ hauptsächlich sich selber. Jedenfalls muss ihnen der Ton selber unheimlich vorgekommen sein, deshalb folgt der *dritte Satz*, in dem das Prinzip der Meinungs- und Diskussionsfreiheit geradezu hymnisch – „unabdingbare Voraussetzungen für eine lebendige Organisation“ - hochgehoben wird. Aha, also meinen sie doch nicht Lenin, wäre ja auch erstaunlich, sondern eher Rosa Luxemburg mit der berühmten Freiheit des Andersdenkenden.

Nur: Was folgt aus dem offensichtlichen Widerspruch im Peters-Huberschen Dreisatz? Soll und darf oder muss nun diskutiert werden - und wenn ja, worüber? Leider findet sich in der gemeinsamen Erklärung keinerlei Versuch, diejenigen Meinungsunterschiede zu benennen, über die „Widerstreit und Diskussionen“ sinnvoll und lohnend sind. Ich fürchte, dass das Problem der IG Metall - und auch anderer Gewerkschaften - darin besteht, derzeit auf diese Frage aus sich heraus keine Antwort geben zu können. Stattdessen wird die Definitionsmacht über das, was Gewerkschaften sein sollen, den - zu 95 Prozent neoliberalen - Massenmedien überlassen. Dabei wäre nichts für die Gewerkschaften wichtiger, als wieder mehr Autonomie im Agenda-Setting zu gewinnen. Also wieder selbst zu bestimmen, welche Themen und Differenzen ihnen wichtig sind.

Im Berliner „Tagesspiegel“ (15.08.03), der sich an marktradikalem Eifer von kaum einem anderen Blatt übertreffen lässt, wagte Huber immerhin einen Versuch, die Differenzen zwischen Peters und ihm zu beschreiben: „Es gibt Leute in der IG Metall, die sich Sorgen machen um Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte und die mit Widerstand auf Einschränkungen reagieren wollen. Und es gibt andere, die die Arbeitswelt gestalten und bestimmten Themen nicht ausweichen wollen.“ Huber ließ sich der zweiten Gruppe zuordnen, ohne freilich der ersten Gruppe die Existenzberechtigung zu bestreiten.

Weit führt das nicht, denn kaum jemand wird daran zweifeln, dass beides nötig ist: Widerstand gegen Sozial- und Rechtsabbau und neue Ideen und Regeln. Traditionell nannte man das: Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften, und niemand kam auf die Idee, dass Gewerkschaften nur für eines von beiden zuständig sein sollten. Wo könnten wirkliche, den „modernen“ Problemen entsprechende Handlungsperspektiven und -alternativen für die deutschen Gewerkschaften liegen? Im Rahmen der „Zukunftsdebatte“ der IG Metall, die im Jahre 2001 relativ basisfern ablief und die deshalb auch ziemlich folgenlos blieb, haben Michael

Fichter, Jochen Gester und ich fünf Alternativen beschrieben, bei denen die Gewerkschaften sich jeweils politisch für eine Hauptrichtung entscheiden müssen.<sup>1</sup> An der Aktualität dieser fünf Optionen hat sich nichts geändert, deshalb seien sie hier erneut genannt, erweitert um Bemerkungen zum Zusammenhang dieser Unterscheidungen mit dem von den Medien konstruierten Gegensatz „Modernisierer/Traditionalisten“:

1. Gewerkschaften müssen sich entscheiden, ob sie eher *exklusive*, auf die Interessen kleiner, aber Schlüsselpositionen einnehmender Arbeitnehmer, oder *inklusive*, auf die Interessen aller Lohnabhängigen ausgerichtete *Solidarität* üben und organisieren wollen. Modell Pilotengewerkschaft „Cockpit“ oder Modell einer - im Prinzip weltweit gedachten - „Einheit in Vielfalt“? Das zweite war schon immer schwieriger als das erste, aber es gehört von Anfang an zu den Kernfunktionen von Gewerkschaften, sehr verschiedene Menschen unter *einem* Gesichtspunkt, nämlich ihres Arbeitnehmerinteresses, zum gemeinsamen Handeln zu bringen. Welche dieser Optionen ist nun „modern“? Folgt man der herrschenden neoliberalen Medienmeinung, dann scheint Differenzierung und Flexibilisierung, also Entsolidarisierung, „modern“ zu sein. Freilich ist das eine Meinung, der die Gewerkschaften, weil marktbehindernd, eigentlich überhaupt überflüssig erscheinen, jedenfalls soweit sie Solidarität organisieren. Modern aus gewerkschaftlicher Perspektive wäre es dagegen eher, den Deckungsbereich der Organisierten mit dem Bereich der vom Kapital in Konkurrenz gesetzten Arbeitskraftanbieter kongruent zu machen. Das spricht im Zuge der Globalisierung für Ausweitung, also für mehr inklusive Solidarität. Ob dies von den Gewerkschaften real zu organisieren ist, bleibt fraglich, wie schon die Solidaritätsverweigerung westlicher Betriebsratsfürsten gegenüber dem IG-Metall-Streik in Ostdeutschland im Juni 2003 gezeigt hat. Mit seinem Plädoyer für mehr ertragsabhängige Tarifverträge steht Berthold Huber jedenfalls nicht für „Modernität“, sondern für die Sonderinteressen von ArbeitnehmerInnen aus den in seinem Bezirk Baden-Württemberg besonders zahlreichen prosperierenden Unternehmen. Es mag sein, dass der riesige Deckungsbereich des Metall-Tarifvertrags so nicht zu halten ist. Aber bei einer Aufspaltung wäre immerhin zu begründen, wie dann noch innerhalb der Gewerkschaft die Kraft der Starken den Schwachen zugute kommen soll. Diese Diskussion steht bei der Aufarbeitung des ostdeutschen Streik-Debakels ohnehin an.

2. Deutsche Gewerkschaften müssen sich entscheiden, ob sie sich eher in Richtung „soziale Bewegung“ oder in Richtung „institutionelle Einbindung“ weiter entwickeln wollen. In den „modernen“ Musterländern des kaum gezügelten Kapitalismus, USA und Großbritannien, waren Gewerkschaften niemals so wie in Deutschland Träger einer korporativen öffentlichen Ordnung. In USA und England gibt es Ansätze einer Revitalisierung der Gewerkschaften von unten, teilweise gemeinsam mit Bürgerbewegungen. Deutsche Gewerkschaften müssen ihre öffentlichen Funktionen nicht aufgeben, um sich dennoch stärker zu öffnen für partiell gleichgerichtete Initiativen, sei es der Erwerbslosen, sei es der Globalisierungskritiker. Was ist an diesem Gegensatz „modern“? Aus neoliberaler Mediensicht ist die Sache nicht ganz klar: Einerseits gilt es als modern, die Gewerkschaften aus ihren öffentlichen Funktionen - vom Rundfunkrat über die Bundesanstalt für Arbeit bis zur AOK - möglichst zu entfernen. Andererseits werden Gewerkschaften als Ordnungsgaranten der Arbeitswelt zuweilen immer noch geschätzt. Übel genommen wird ihnen allerdings, wenn sie sich zu Sprechern der

---

<sup>1</sup> Michael Fichter/Jochen Gester/Bodo Zeuner, Externe Herausforderungen - Interne Problemlagen - Zukunftsoptionen: Eine internationale Perspektive, in: Petra Frerichs u.a., Zukunft der Gewerkschaften. Zwei Literaturstudien, Arbeitspapier 44 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2001, S. 113-186.

Erwerbslosen und sozial Schwachen gegen Leistungsabbau machen. Zugleich wird ihnen vorgeworfen, sie verträten nur die Interessen der „Arbeitsplatzbesitzer“.

3. Gewerkschaften müssen sich entscheiden, *ob sie eher international oder eher national/nationalistisch* agieren wollen. Die Linie der Bundesregierung ist, die Gewerkschaften nach Möglichkeit in ein nationales Standortbündnis einzuspannen, mit dann - jeweils als weltmarktbedingt-alternativlos deklarierbaren - Zwängen zum *concession bargaining* und zum sozialen *dumping*. Deutsche Gewerkschaften können Teil des Wettbewerbsstaates „Firma Deutschland“ werden, sie können aber auch ihre Anstrengungen verstärken, international aktions- und solidaritätsfähiger zu werden. „Modern“ im Sinne der herrschenden Medienmeinung wäre die Standortverteidigung, „modern“ im Sinne gewerkschaftlicher Tradition wäre die Internationalisierung.

4. Gewerkschaften müssen sich entscheiden, ob sie eher *Organisationen zur Herstellung von Solidarität* bleiben oder sich in *Dienstleistungsunternehmen* umwandeln wollen. Selbstverständlich haben Gewerkschaften schon immer Dienstleistungen, insbesondere der Beratung, für ihre Mitglieder erbracht; auch das Organisieren von Solidarität ist eine Dienstleistung. Was sie von Versicherungsfirmen unterschied, war, dass Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht nur als Klienten, sondern als „Basis“, als kollektiv handlungsfähige Akteure verstanden. Das lässt sich ändern, und es wäre im Sinne herrschender Medienmeinungen wohl auch „modern“, wenn die Gewerkschaften sich stärker auf dem „Markt der Dienstleistungen“ profilierten. Dieser Modernität zu folgen, würde allerdings die Selbstaufgabe der Gewerkschaften als Mitgliederorganisationen mit politischem Vertretungsanspruch bedeuten.

5. Gewerkschaften sollten wissen, wie viel Wert sie auf *Leitbilder, Visionen und Utopien* legen wollen - oder ob sie Derartiges als dem *Alltagspragmatismus* hinderlich lieber unterlassen und allenfalls auf rituelle Festreden begrenzen sollten. Diese scheinbar rein ideologische Frage hat eine äußerst praktische Dimension: Nur wenn Gewerkschaften auch für die politische Idee einer besseren Gesellschaft stehen, können sie Menschen dazu bewegen, aus altruistischen, „postmateriellen“, idealistischen Motiven in ihnen mitzuwirken. Das gilt für Studenten wie für Basisaktivisten und Betriebsräte. Es gilt auch z.B. für Vertrauensdozenten der Hans-Böckler-Stiftung und für andere gewerkschaftsnahe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Gewerkschaften können sich entschließen, auf dieses „kulturelle Kapital“ zu verzichten. Sie wären dann vielleicht „modern“ im Sinne eines medial verkündeten Marktradikalismus, der nur noch ein Interesse anerkennt, nämlich das des (Geld-)Nutzen maximierenden Individuums. Nur: Wer soll sich, außer um Karriere zu machen, solchen Gewerkschaften noch anschließen oder gar für sie kämpferisch eintreten?

## Fazit

- Die medial verkündete Unterscheidung von „Modernisierern“ und „Traditionalisten“ ist noch unintelligenter als dies eh schon von Jürgen Peters und Berthold Huber behauptet wird. Sie läuft einfach darauf hinaus, dass als „modern“ nur eine Gewerkschaftspolitik anerkannt wird, die am Gängelband von Arbeitgebern und Regierung hängt.
- Gewerkschaften haben sich auf Globalisierung und Europäisierung des Kapitalismus und der Arbeitsbeziehungen neu einzustellen. Solidarität über bisherige interne und externe Grenzen hinaus zu organisieren - das wäre wirklich „modern“.
- Vorausgesetzt ist dabei, dass Gewerkschaften sich weiterhin als demokratische Mitgliederorganisationen mit politischem Anspruch, nicht als private Dienstleistungsfirmen

verstehen, und dass sie ihren Existenzgrund in einem als wichtig erachteten strukturellen Interessengegensatz zwischen Arbeitskraftkäufern und Arbeitskraftverkäufern sehen. Anders und etwas altmodisch ausgedrückt: dass sie in ihrem Klassenbewusstsein nicht hinter dem Klassenbewusstsein der Arbeitgeber zurückbleiben.